

Abschlussveranstaltung „Mitreden – Mitgestalten: Die Zukunft der Kinder- und Jugendhilfe“ 10.12.2019 BMFSFJ

Erste Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitforschung „Beteiligtenbefragung“ (IKJ)



Querschnittsthema Partizipation

Befragung der Adressatinnen und Adressaten der Kinder- und Jugendhilfe

> 95 % sehen einen Änderungsbedarf

- Weniger als die Hälfte der befragten jungen Menschen und Eltern geben an, dass sie ausreichend und verständlich über den Sinn der Hilfe informiert wurden.
- Knapp 38 % sind der Ansicht, dass sie bei der Hilfeplanung mitentscheiden könnten.
- Eine angemessene Information und Beteiligung bei der Hilfeplanung und -gestaltung werden jedoch von über 95 % der Befragten als Erwartung an eine modernisierte Kinder- und Jugendhilfe gerichtet.

Fachkräftebefragung

Je nach Ausrichtung sehen 30 % bis 40 % einen Änderungsbedarf

- 40 % befürworten, dass es verbindlichere Vorgaben zur Partizipation von jungen Menschen und Eltern an der Hilfeplanung geben sollte.
- 30 % befürworten eine gesetzliche Verankerung von Partizipationskonzepten in der Leistungserbringung.

Vertiefendes Forschungsmodul „Hochproblematische Kinderschutzverläufe (Stand: Ergebnisse aus dem 1. Erhebungsstrang: Falleingaben Betroffener bei der wissenschaftlichen Anlaufstelle)“

Große Diskrepanz in der Bewertung der Partizipation am Fallverlauf zwischen Betroffenen und Fachkräften

Ausgewählte Befunde zum Schwerpunktthema „Mehr Inklusion/ Wirksames Hilfesystem/Weniger Schnittstellen“: Schnittstelle Kinder- und Jugendhilfe und Sozial- und Eingliederungshilfe

Befunde aus den Interviews:

- Die Klärung von Zuständigkeiten und der Finanzierung von Leistungen und die damit verbundene Frustration ist ein großes Thema bei den Interviews der Adressatinnen und Adressaten mit Eingliederungshilfebezug.

Befunde aus den regionalen Fokusgruppen:

- Forderungen / Einschätzungen u. a.:
- Überwiegend Zustimmung für ein inklusives Leistungsrecht im SGB VIII
- Es wurde zu Bedenken gegeben, dass es sinnvoll sein könnte, die inklusive Lösung erst modellhaft zu erproben und zu evaluieren. → Verweis auf das Dialogforum „Zukunft der Kinder- und Jugendhilfe“, in dem die Erprobung in Modellkommunen vorgeschlagen wurde.

Zugehörige Befunde aus den standardisierten Befragungen:

- 98 % der Adressatinnen/ Adressaten, die auch Leistungen der Eingliederungshilfe beziehen, wünschen sich einen problemlosen gleichzeitigen Bezug von Leistungen aus beiden Hilfesystemen.
- 87 % der Adressatinnen/Adressaten geben an, dass ihnen die abgestimmte Zusammenarbeit der Fachkräfte ein besonderes Anliegen ist.
- 50% der FK sehen einen Regelungsbedarf zur Verbesserung der Zusammenarbeit an der Schnittstelle.
- 80% der Adressatinnen/ Adressaten äußern den Wunsch nach einer gesamtverantwortlichen Zuständigkeit für alle Leistungsbezüge der Kinder- und Jugend- sowie Eingliederungs- und Behindertenhilfe.
- 72% der FK votieren für eine Bereinigung der Schnittstellen oder eine inklusive Lösung.
- 30 % der FK plädieren für die Erprobung der Umsetzung in Modellkommunen.

Ausgewählte Befunde zum Schwerpunktthema „Prävention im Sozialraum stärken“: Direkte, niedrigschwellige Hilfeeinrichtungen für Familien

Befunde aus den Interviews:

- Vielfach Schwellenängste, sich an das Jugendamt zu wenden
- Präferenz von Hilfen ohne Antragsverfahren
- Angst vor Stigmatisierung und Maßnahmen durch die öffentliche Kinder- und Jugendhilfe bei hochbelasteten Eltern
- Junge Menschen schätzen offene Angebote
- Erreichbarkeit und Verfügbarkeit in ländlichen Gebieten wird bemängelt

Befunde aus den regionalen Fokusgruppen:

- Kontroverse Diskussion im Hinblick darauf, ob es ausreichend ist, bestehende Leistungen im Sozialraum besser zu koordinieren oder ob neue Angebotsstrukturen aufgebaut werden müssen.
- Bei den neu zu schaffenden Angeboten werden insbesondere solche zur unmittelbar zugänglichen Krisenintervention für junge Menschen und Familien im Sozialraum hervorgehoben.

Befunde aus den standardisierten Befragungen:

- 50 % der Adressatinnen/ Adressaten geben an, die Angebote, die sie nutzen, gut erreichen zu können.
- 61 % der FK sind der Ansicht, dass im Rahmen der Jugendhilfeplanung mehr niedrigschwellige, ambulante Hilfeeinrichtungen und -angebote im unmittelbaren sozialen Umfeld der Menschen geschaffen werden sollten.
- 42 % der FK meinen, dass hierzu die Jugendhilfeplanung gestärkt werden sollte, um den Anforderungen einer sozialräumlich ausgerichteten Kinder- und Jugendhilfe gerecht zu werden.
- 60 % der FK bekräftigen, dass Angebote zur niedrigschwelligen Krisenintervention ausgebaut und Regelungen hierfür geschaffen werden sollten.

Referenz AG-Diskurs

Es zeichnete sich eine Mehrheit für den Ausbau niedrigschwelliger Hilfeeinrichtungen im Sozialraum ab. Damit soll insbesondere schwer erreichbaren Zielgruppen ein direkter Zugang zu Hilfen ermöglicht werden.

Ausgewählte Befunde zum Schwerpunktthema „Besserer Kinderschutz und mehr Kooperation“: Kooperation von Kinder- und Jugendhilfe und Gesundheitswesen

Befunde aus den Interviews:

- Wunsch der Adressatinnen und Adressaten mit Behinderungen nach einer spezifischen Qualifizierung der Fachkräfte der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe und einer kooperativen Hilfeplanung, um die Versorgungs- und Behandlungsbedarfe von jungen Menschen mit Behinderungen/ chronischen Erkrankungen einschätzen und einen inklusiven Kinderschutz gewährleisten zu können.

Befunde aus den regionalen Fokusgruppen:

- Forderungen u. a.:
- Multiprofessionelle Kinderschutzleitlinien mit verpflichtenden Vorgaben zu kooperativem Handeln auf Struktur- und Prozessebene
- Sicherstellung der Kooperation durch Regelungen zu deren Finanzierung
- Handlungssicherheit beim Einbezug von Berufsheimsträgerinnen und -trägern zur Gefahreinschätzung und -abwehr

Befunde aus den standardisierten Befragungen:

- 48 % der Fachkräfte befürworten verbindliche Regelungen zur Kooperation.
- ~ 1/3 der FK sieht einen spezifischen Qualifizierungsbedarf hinsichtlich eines inklusiven Kinderschutzes.
- ~ die Hälfte der befragten FK wünschen sich klarere Regelungen zum Einbezug von Berufsheimsträgerinnen und -trägern.

Befunde Hochproblematische Kinderschutzverläufe

- Die Zusammenarbeit von Verfahrensbeteiligten wird von Betroffenen überwiegend negativ bewertet. Fachkräfte bewerten demggü. Zusammenarbeit zu 75% positiv